



FDP | 11.11.2015 - 11:00

---

## Wer länger arbeiten will, wird vom Staat bestraft



Nach anderthalb Jahren hat sich die Große Koalition auf einen Abschlussbericht zur Flexi-Rente verständigt. Mehr als Trippelschritte ließen sich darin allerdings nicht erkennen, konstatierte FDP-Generalsekretärin Nicola Beer. FDP-Chef Christian Lindner kritisierte, dass die leistungsfeindlichen Zuverdienstgrenzen bestehen blieben. "Wer länger arbeiten will, wird weiterhin vom Staat bestraft. Wir brauchen ein Rentensystem, das nicht prämiert, wenn jemand mit 63 Jahren geht – sondern belohnt, wenn jemand länger bleibt", unterstrich er gegenüber der "Rheinischen Post".

"Union und SPD verweigern den Menschen die Hoheit über das eigene Leben", stellte Lindner fest. "Der schwarz-rote Mini-Kompromiss mildert die kapitalen Fehler der Rente mit 63 nur minimal ab", verdeutlichte er. Anstatt des starren Renteneintrittsalters forderte der FDP-Chef maßgeschneiderte Lösungen für den Einzelnen. "Die Möglichkeit, selbst den Zeitpunkt des Renteneintritts zu wählen, würde der Individualität der Menschen gerecht werden", betonte er.

Die FDP setze sich für echte Wahlfreiheit ein: "Wer von seiner Altersvorsorge leben kann, der sollte frei über seinen Ruhestandseintritt entscheiden können: Mit mathematisch exakten Abschlägen, ohne Bürokratie und ab einem gewissen Zeitpunkt mit an den Arbeitnehmer ausgezahlten Arbeitgeberanteilen für die Arbeitslosen- und Rentenversicherung." Deutschland sei längst reif für mehr Selbstbestimmung, führte Lindner aus.

## Flexi-Rente der Großen Koalition ist eine Mogelpackung

Auch aus Beers Sicht gehen die vereinbarten Maßnahmen nicht weit genug. Die FDP-Generalsekretärin

---

nahm den Abschlussbericht unter die Lupe und stellte fest: "Die Hinzuverdienstgrenzen bleiben unverändert bestehen, lediglich bei den Beiträgen zur Renten- und Arbeitslosenversicherung tut sich etwas." Dies sei zu wenig. "Angesichts vollmundiger Unions-Ankündigungen muss man von einer Mogelpackung sprechen", kritisiert Beer. Von einer echten Flexibilisierung könne keine Rede sein. Die brauche Deutschland jedoch, um dem Fachkräftemangel zu begegnen.

Die Freien Demokraten fordern seit langem den flexiblen Renteneintritt, bei dem jeder selbst entscheiden kann, wann und wie er in Rente geht. "Zudem wollen wir bestehende Barrieren für längeres Arbeiten restlos beseitigen: Die Hinzuverdienstgrenzen müssen komplett fallen", verlangte Beer. Nur leider: "Den Mut dazu haben Union und SPD offensichtlich nicht."

### Der Alternativ-Vorschlag der FDP

Die FDP hat einen [konkreten Gegenvorschlag gemacht](#) [1]: Die liberale Lösung stärkt neben der gesetzlichen Rente die private und betriebliche Altersvorsorge und macht einen flexiblen Renteneintritt in einem Alterskorridor möglich. Die Freien Demokraten wollen einen flexiblen Renteneintritt, bei dem jeder selbst entscheiden kann, wann und wie er in Rente geht. Wer zu einem früheren Zeitpunkt geht, erhält eine geringere Rente, wer länger arbeitet, eine höhere Rente. Darüber hinaus müssen bestehende Barrieren für längeres Arbeiten beseitigt werden. Dazu gehört es, die Hinzuverdienstgrenzen neben dem Rentenbezug komplett abzuschaffen.

---

**Quell-URL:** <https://www.liberale.de/content/wer-langer-arbeiten-will-wird-vom-staat-bestraft>

#### Links

[1] <http://www.liberale.de/content/fdp-will-flexibles-renteneintrittsalter-und-die-schuldenbremse-20>